

# DARMSTADT Links

**DIE LINKE.**  
DARMSTADT  
STADTVERORDNETENFRAKTION



FÜR NEUE SOZIALE IDEEN

TEL: 0 61 51/66 90 310 FAX: 0 61 51/66 90 533

## INHALT

### SEITE 2

**Haushalt 2009**  
Warum ist die Fraktion DIE LINKE gegen die Klinikum GmbH?  
Das Fell des Bären

### SEITE 3

Was lange währt ...  
War Peter Sodann in Darmstadt?  
Rabulistik:  
Lehranstalten sind keine Schulen

### SEITE 4

„...ein guter Tag für Darmstadt“ (?)  
Goethe weint bis 2011  
Controllingberichte der ARGE Darmstadt

## LINKS GEDACHT

### Berufliche Erstausbildung

Nach dem am 01.01.2008 in Kraft getretenen Hessischen Vergabegesetz kann die öffentliche Hand bei der Entscheidung über den Zuschlag eines Angebotes auch das Kriterium „Berufliche Erstausbildung“ heranziehen. Unsere Fraktion hat daher einen Antrag in die Stadtverordnetenversammlung eingebracht, die städtischen Vergaberegeln entsprechend zu verändern. Wir waren der Meinung, auch wenn durch eine entsprechende Vergaberegulation keine neuen Ausbildungsplätze entstehen werden, dass eine solche Regelung ein wichtiges Zeichen der Stadt Darmstadt wäre.

Der Antrag wurde einvernehmlich in geschäftsordnungsgemäßer Behandlung verwiesen. Hintergrund ist das unsauber formulierte Hessische Vergabegesetz, das in diesem Bereich widersprüchlich formuliert ist. Dies soll geprüft werden.

### Sozialatlas für Darmstadt

Der Sozialatlas aus dem Jahre 2002 war eine Fortschreibung der Armutsberichte von 1995 und 1996. Sein Ziel war eine zeitgemäße Analyse der sozialräumlichen Struktur der Stadt und sollte eine genauere Beschreibung der sozialen Situation der hier lebenden Menschen ermöglichen.

Unsere Fraktion hat daher eine dringend notwendige Aktualisierung mit einem Antrag eingefordert. Nach Aussagen des Sozialdezernenten Jochen Partsch hat die Sozialverwaltung die notwendigen Daten gesammelt und ein aktualisierter Sozialatlas wird 2009 erscheinen.

**DIE LINKE.**

# „Service-Wüste“ Arge Darmstadt

## „Zentrum für Existenzsicherung und Beschäftigung“

FRANK GERFELDER / GALIDA

Fraktionsmitarbeiter DIE LINKE Darmstadt

Deutschland hat nun in Darmstadt ein weiteres Beispiel für ihren unaufhaltbaren Siegeszug erhalten. Seit 1. Oktober diesen Jahres ist es Hartz IV-Empfängern nicht mehr möglich mit ihren Persönlichen Ansprechpartnern (PAPs => das offizielle Kürzel heißt tatsächlich so) in der ARGE Darmstadt, dem „Zentrum für Existenzsicherung und Beschäftigung“ telefonisch in Kontakt zu treten.

Ohne offizielle Ankündigung werden die „Sozialtransferempfänger“ in Darmstadt ab dem 1. Oktober mit einem lapidaren Hinweis auf Anrufbeantwortern überrascht, dass auf Grund einer „technischen Änderung“ nur noch die zentrale ARGE-Nummer erreichbar sei.

Wählt man diese Nummer, landet man auf einer schier endlosen Warteschleife, die am Ende allerdings nicht zum gewünschten Kontakt mit der ARGE Darmstadt führt.

### Ahnungslose Anrufer

Stattdessen tritt der ahnungslose Anrufer mit einem sogenannten „Service-Center“ in Wetzlar in Verbindung. Die entsprechende Mitarbeiterin des „Service-Centers“ verweist bestenfalls darauf, dass ihre Einrichtung Teil der Bundesagentur für Arbeit (BA) und der Persönliche Ansprechpartner (PAP) in der ARGE telefonisch nicht erreichbar sei. Erstaunt über diesen Umstand, muss der ahnungslose Anrufer nun zu seiner Identifizierung die ihm zugewiesene „Bedarfsgemeinschaftsnummer“ nennen. Wenn er nach Nennung dieser Nummer endlich sein Anliegen an die Frau bzw. den Mann in Wetzlar gebracht hat, kann er nur hoffen, dass sein PAP in Darmstadt in irgendeiner Form informiert wird.

### Rauchzeichen

Zum Glück werden dafür keine Rauchzeichen verwendet. Stattdessen erhält der zuständige PAP entsprechende E-Mail Benachrichtigungen aus Wetzlar. Diese Benachrichtigungen bergen leider die Gefahr missverständlicher Interpretation in sich.

Viele unserer Leserinnen kennen bestimmt noch das alte Kinderspiel „Stille Post“. In diesem Spiel wird eine Nachricht verbal von einem Mitspieler zum nächsten weitergegeben. Am Ende wird die etwas entstellte Nachricht zur Freude der Spielenden kundgetan. So ähnlich funktioniert auch die Informationsweitergabe zwischen dem sogenannten „Service-



Kein Anschluss unter dieser Nummer.....

Center“ in Wetzlar und der entsprechenden ARGE.

Den Hartz IV-Empfängern in Darmstadt bleibt nur der ‚stille‘ Wunsch, dass ihr Anliegen möglichst, ungefiltert, d.h. wenigstens sinngemäß an den zuständigen PAP gebracht wird.

Laut Sozialdezernent Jochen Partsch (Grüne) soll das „Service-Center“ in Wetzlar der Entlastung der Mitarbeiter in der ARGE dienen. Ob dieses Ziel mit dem „Stille Post“-Verfahren tatsächlich erreicht wird, halten wir zumindest für fragwürdig.

### Herr Eidmann,

Der Geschäftsführer der ARGE Darmstadt, Herr Eidmann, verkündete unlängst, dass es selbstverständlich möglich sei, dass Hartz IV-Empfänger in dringenden Fällen – was wohl heißen soll existenziellen Fällen – mit ihrem zuständigen PAP telefonisch verbunden werden können. Ob dies tatsächlich so gehandhabt werden kann und was denn solch dringende Fälle wären, ließ Herr Eidmann leider offen. Wir können für die Betroffenen nur hoffen,

dass sie nie gezwungen sein werden, es selbst auszuprobieren.

## UNSERE MEINUNG

Was sich allerdings bereits jetzt abzeichnet: dieses sogenannte „Service-Center“ – die Bezeichnung „Call-Center“ wäre wohl passender – bietet mit Sicherheit keine Service-Verbesserung für die Hartz IV-Empfänger in Darmstadt. Im Gegenteil!

Statt sich der Sorgen und Nöte der „Hartz IV-Kunden“ anzunehmen, hat sich Sozialdezernent Partsch offensichtlich dafür entschieden, dass sogenannter „telefonischer Service“ jetzt nicht mehr in Darmstadt, sondern nur noch in ‚abgespeckter‘ Form in Wetzlar stattfinden soll.

Unsere Fraktion hat nun zu dieser Thematik eine „Grosse Anfrage“ gestellt

Sie finden sie im Internet unter:

<http://www.linksfraktion-darmstadt.de/parlament/grosse-anfrage14-callcenter.pdf>





VON RAINER KEIL / DKP

# Haushalt 2009

## Intransparenz und Konzeptlosigkeit

Fraktions-Vorsitzender **DIE LINKE** Darmstadt

In der Stadtverordnetenversammlung vom 30. Oktober 2008 wurde von Stadtkämmerer Wolfgang Glenz (SPD) der Entwurf des Haushaltsplanes 2009 eingebracht. Schon im Vorfeld wurde in der Presse mehr oder weniger direkt gefordert, alle Fraktionen sollten jetzt aufgrund der kritischen finanziellen Situation konkrete Sparvorschläge vorlegen. Wie immer bei Haushaltsdebatten auf kommunaler Ebene wird der Zusammenhang zwischen Bundes- und Landespolitik ausgeblendet - man will sich quasi am eigenen Schopf aus dem Sumpf ziehen.

In diesem Jahr hat sich allerdings die Landespolitik nachdrücklich in Erinnerung - kurz vor der ersten Lesung am 30. Oktober musste der Kämmerer die Kürzung der Schlüsselzuweisungen vom Land um 13 Millionen Euro verkünden. Damit war der Traum vom ausgeglichenen Haushalt zerplatzt.

Der Haushaltsplan sieht Einnahmen von 415,5 Millionen Euro vor - im Vergleich zum Ergebnis 2008 eine Steigerung um 9,2 Millionen Euro. Im Zeichen der Finanzkrise eine gewagte Schätzung. Eine

Rezension wird diese optimistischen Zahlen spätestens im 2. Halbjahr 2009 zunichte machen. Das kapitalistische Wirtschaftssystem schlittert in eine „ganz normale“ zyklische Krise - verschärft durch den Bankenkollaps. Wer glaubt, diese Entwicklung wird um Darmstadt einen Bogen machen, bekommt Probleme.

### Nordostumgehung

Dagegen hält der Magistrat an den verschiedenen Großprojekten wie Nordostumgehung und ICE-Bypass fest. Projekte die zukünftige Haushalte belasten und für die Bürgerinnen und Bürger von zweifelhaftem Nutzen sind. Das „darmstadtium“ schlägt in 2009 schon jetzt voll ins Kontor - 4 Millionen Euro muss der Stadthaushalt ausgleichen, weitere Folgekosten nicht eingerechnet.

Als Lösung haben die bürgerlichen Parteien - bei allem öffentlich zu Schau gestellten „Streit“ - kaum Konzepte außer Personalkostenreduzierung, weiterem Verkauf städtischem Eigentums und Kürzungen nach der Rasenmähermethode wie zum Beispiel beim Projekt familienfreundli-

che Schule, der Jugendarbeit oder im kulturellen Bereich. Weitere Stichpunkte wären Umwandlung des Klinikums in eine GmbH mit der von uns befürchteten Option der Privatisierung oder PPP-Projekte zum Beispiel beim Berufsschulzentrum am Nordbad.

Der Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern bleibt weiterhin auf der Strecke. Der doppische Haushalt, der ja so viel Transparenz bringen sollte, bewirkt genau das Gegenteil. Einen bürgerlesbaren Haushalt gibt es nach wie vor nicht. Die in der doppelischen Haushaltsführung zwingend vorgeschriebene Eröffnungsbilanz der Stadt (welchen „Wert“ hat unsere Stadt?) steht immer noch aus.

### UNSERE MEINUNG

*Der vorliegende Haushaltsentwurf 2009 ist ein Entwurf der Intransparenz und Konzeptlosigkeit. Er setzt falsche Prioritäten und hält an der Großmannssucht vergangener Jahre fest. Nur so ist zu erklären warum für den dringenden Bau einer Turnhalle kein Geld da ist, für den Umbau des Friedensplatzes aber wohl.*

### Fortsetzung Klinikum

luste in vielen Kliniken zugelegt. Zum anderen sitzt das Geld bei den Gebietskörperschaften wegen des konjunkturellen Abschwungs und sinkender Gewerbesteuereinnahmen längst nicht mehr so locker. Damit wird die Privatisierung von Kliniken wieder öfter als politisch akzeptierte Alternative und als Chance zur langfristigen Sicherung einer zeitgemäßen Patientenversorgung angesehen.“

### Finanzielle Misere

Die finanzielle Misere des städtischen Klinikums ist nicht die Schuld der Beschäftigten. Unter den Bedingungen der DRG-Fallpauschalen, sowie der fehlenden Unterstützung durch die Bundesländer, sind die Schulden entstanden. Wenn jetzt ohne Hilfe durch die Stadt

von den Verantwortlichen erwartet wird, dass der Rechtsformwechsel das Klinikum aus der Schuldenfalle bringt, ist dies den Patienten und den Beschäftigten gegenüber verantwortungslos. Denn unter den Bedingungen des freien Marktes, lässt sich der Schuldenabbau nur durch massive Produktivitätssteigerungen leisten. Die Arbeitsbedingungen am Klinikum sind jetzt bereits schlecht.

### UNSERE MEINUNG

*Wir werden in der Stadtverordnetenversammlung nicht zustimmen, wenn es darum geht, den Druck auf die Beschäftigten weiter zu erhöhen und damit einem weiteren Verlust der Versorgungsqualität in Kauf zu nehmen!*



WERNER KRONE/ DKP

# Das Fell des Bären

## Kasernenflächen in Darmstadt: Die Beute von Investoren...

Fraktionsmitarbeiter **DIE LINKE** DA

**Ein großer Teil ihrer fast 2 km<sup>2</sup> großen Flächen im Bereich Darmstadt werden in Kürze von der US-Armee geräumt werden. Sie werden dann der Immobilienverwaltung des Bundes (BIMA) übergeben. Die Umwandlung von militärischer in zivile Nutzung wird Konversion genannt.**

Schon jetzt wird öffentlich gehandelt, was damit zu machen ist. Auf einer Immobilienmesse in München wurden vor kurzem schon Investoren gesucht. Vor allem die Cambrai-Fritsch-Kaserne ist, weil am Hang und im Wald gelegen, für „hochpreisiges“ Wohnen vorgesehen. Von Grundstücksgrößen um die 600 m<sup>2</sup> und aufwärts wird gesprochen. Statt derart Klientel zu bedienen, wäre viel mehr darüber nachzudenken, ob mit den Flächen der Wohnungsnot nicht so gut Betuchter abzuwehren wäre...oder

### Beispiel für Partizipation

Hierzu muss man wissen, dass seit Jahren um die 2 000 sozialwohnungsberechtigte Haushalte über das Wohnungsamt eine Bleibe suchen. Die 580 Wohnungen von Lincoln Village und die 280 von Jefferson Village wären also blitzschnell zu vergeben. Immerhin sind sie fast alle vor wenigen Jahren modernisiert und wärmedämmend worden. In einem Werkstattgespräch am 14. April 2008 hat unser Amt für Wohnungswesen aber gemeint, rund 10% der Wohnungen für Sozialwohnungen seien genug! Das kommt dabei heraus, wenn bei Beratungen die Immobilienhändler dabei sind. Sicher wird es wieder Lokalpolitiker geben, die Villenviertel als Standortvorteil preisen, als Lockmittel für Träger neuer Technologie und „Leistungs-träger“. Um es auf die Spitze zu treiben, sei daran erinnert, dass die Gemeinde Groß-Zimmern noch im 19. Jahrhundert Dorfarme mit den Reisekosten für eine Auswanderung in die USA versah, um sie loszuwerden.

Wir fordern jedoch, dass die weitere Nutzung der Kasernen- und Exerzierflächen von den Städten Darmstadt und Griesheim und dem Landkreis Darmstadt-Dieburg gemeinsam zu planen sind. Ein Schwerpunkt der weiteren Nutzung muss auf Wohnen in preis-

werten Wohnungen liegen. Hierzu ist die vorhandene Lincoln- und die Jefferson-Siedlung weiter zu nutzen. Mittel für Planung und evtl. Grunderwerb sollen durch Querfinanzierung gewonnen werden, indem das jetzige Nathan Hale Depot in Gewerbegebiet umgewandelt und das Übungsgelände Beckertanne West und die Rifle Range bei Messel renaturiert und als Ausgleichsflächen für die geplante ICE-Schnellfahrstrecke umgewidmet werden.

In diesem Zusammenhang wird daran erinnert, dass immer mehr Sozialwohnungen aus der Förderung herausfallen und kaum noch neu gebaut werden. Eigene Berechnungen ergeben, dass der Anteil der Haushalte mit Anspruch auf Sozialwohnung je nach Anschauung zwischen 28% und 45% aller Haushalte liegt. Vorhandene Schätzungen in deutschen Großstädten belaufen sich auf 43%.

...sonst kommt nur Breite mal Länge mal Euro heraus

### UNSERE MEINUNG

*Wir schlagen eine innovative Bildung von Bewohner-Gemeinschaften als Genossenschaften vor. Diese haben dann Mitsprache bei weiteren Planungen.*

*Der „Ernst-Ludwig-Park“ ist ein Beispiel dafür gewesen, wie es nicht sein sollte. Dagegen gibt es vor allem in Kranichstein mehrere innovative Projekte wie „Wohnsinn“ und „WohnArt“, von denen zu lernen ist. Und schließlich gibt es in Darmstadt ältere Traditionen gelungener Konversion: Der Bau der Heimstätten-siedlung in Eigenhilfe aus den Steinen der „Pulverhäuser“ und die Nutzung der Funke- und Luftschiffer-Kaserne in der Waldkolonie.*



# DIE LINKE. Warum?

## Die Linke gegen die Klinik GmbH ist

### 100.000 Arbeitsplätze davon 60.000 im Pflegebereich abgebaut.

Die Pläne der Stadt bei den städtischen Kliniken einen Rechtsformwechsel durchzuführen, ist eine Reaktion auf die bundes- und landespolitischen Weichenstellungen der letzten Jahre. Mit der Einführung eines neuen Vergütungssystems für Leistungen im Krankenhaus (den DRG-Fallpauschalen), wurde der gesamte Bereich der stationären Versorgung des freien Marktes ausgesetzt. Der dadurch entstandene ökonomische Druck verschärft die Konkurrenz der einzelnen Krankenträger untereinander. Das Ergebnis ist ein gnadenloser Kampf gegen den Bettenabbau einzelner Kliniken. Hierdurch wurden in den letzten zehn Jahren 100.000 Arbeitsplätze in diesem Bereich abgebaut. Davon alleine 60.000 im Pflegebereich. Gleichzeitig wurden über eine Millionen Patienten mehr behandelt. Das dieser „Kampf ums Überleben“ zu einem Abbau der Versorgungsqualität führt, ist ein offenes Geheimnis.

Nicht nur der Bund trägt die Verantwortung. Auch die Bundesländer sind ihrer gesetzlichen Verpflichtung nicht nachgekommen, genügend Geld für dringende Investitionen zur Verfügung zu stellen. Die Investitionslücke wird zwischen 20 und 50 Mrd. € geschätzt. Das setzt

öffentliche und freigemeinnützige Krankenhäuser zusätzlich unter Druck. Denn auf dem Krankenhausmarkt spielen private Konzerne eine immer größere Rolle. Sie verfügen relativ schnell über entsprechendes Kapital, um ihre Kliniken „konkurrenzfähig“ zu halten. Sie haben damit einen entscheidenden Vorteil.

Auch sind die Arbeitsbedingungen in privaten Kliniken andere als in öffentlichen und freigemeinnützigen Häusern. Zwar ist dort der Arbeitsdruck ähnlich hoch wie bei den privaten - diese gehen aber viel brutaler vor, um ihre Vorstellung eines industrialisierten Krankenhausbetriebs durchzusetzen, der aus sozialer Verantwortung einen reinen Verwertungsbetrieb werden lässt.

Dies schlägt sich, wie die aktuelle Debatte um den Rechtsformwechsel zeigt, auch auf kommunaler Ebene nieder. Durch die GmbH sollen die „Entscheidungswege“ kürzer werden. Der städtische Eigenbetrieb ist angeblich nicht mehr modern und lässt nicht mehr zeitgemäß auf die Veränderungen, die der neue Krankenhausmarkt mit sich bringt, reagieren. Aber ist dies wirklich so?

Wir sind gegen den Rechtsformwechsel, weil es der erste Schritt zu einer Vollprivatisierung wäre.

Dadurch, dass dem Klinikum der

finanzielle Rückhalt aus dem städtischen Haushalt fehlt, schlägt sich der freie Markt voll in der wirtschaftlichen Situation der geplanten GmbH nieder. Unser Klinikum wäre somit „allein auf hoher See“ unterwegs. Eine Fahrt, deren Ausgang niemand abschätzen kann. Oft hat ein Rechtsformwechsel den Verkauf an einen privaten Investor vorbereitet, da die Schuldenspirale nicht aufgehalten werden konnte, und dadurch ein Verkauf als „letzte politische Notwendigkeit“ erscheint. Bereits im Juni diesen Jahres, als die katastrophalen Auswirkungen der Finanzkrise noch nicht absehbar waren, referierte der Vorstandsvorsitzende der RHÖN-KLINIKUM AG, Wolfgang Pföhler, auf der Hauptversammlung über die Privatisierungstendenzen der einzelnen Krankenträger:

„2007 wurde die Privatisierungsneigung bei den Gebietskörperschaften erwartungsgemäß durch die gute Konjunktur gebremst. Städte und Gemeinden verzeichneten höhere Gewerbesteuereinnahmen und konnten Verluste in ihren Kliniken relativ leicht ausgleichen. Die Ruhephase bzw. gefühlte Windstille auf dem Markt für Klinikprivatisierungen war erwartungsgemäß von kurzer Dauer. Zum einen haben der wirtschaftliche Druck und die Ver-

FÜR NEUE SOZIALE IDEEN





## Was lange währt...

### Der Darmstädter Schulmittelfonds

VERENA HOPPE / GALIDA

Der Darmstädter Schulmittelfonds soll bedürftigen Kindern Bildungschancen eröffnen, die die Hartz IV-Regelsätze ihnen faktisch aberkannt haben. Oder wie es der Darmstädter Magistrat in seinem Beschluss vom 28.01.2008 vollmundig formulierte: „Bildungschancen ... dürfen nicht vom Einkommen der Eltern abhängig sein.“

Schüler, die aus Familien kommen, die Arbeitslosengeld II (Hartz IV) oder Leistungen nach dem SGB XII (Sozialhilfe) beziehen, können seitdem in Darmstadt eine einmalige Einschulungsbeihilfe in Höhe von 80,- Euro und einen jährlichen Zuschuss in Höhe von 50,- Euro beantragen.

Der weise Magistrat sah allerdings in seinem Beschluss zur Einführung des Fonds eine für niemanden nachvollziehbare Altersbeschränkung bis zum 15ten Lebensjahr vor.

Der Besuch weiterführender Schulen war wohl in den Köpfen der Verantwortlichen der Darmstädter „Ampelkoalition“ für bedürftige „Hartz IV-Kinder“ schlichtweg nicht vorgesehen.

Eine bekannte lokale Zeitung griff dieses Thema auf. Diesem Umstand ist es wohl zu danken, dass nun künftig auch bedürftige Schüler „bis einschließlich des Abiturs“ der Segnung des Schulmittelfonds teilhaftig werden können.

Unsere Fraktion begrüßt diesen Meinungswechsel. Wir befürchten allerdings, dass nur ein Bruchteil der anspruchsberechtigten Familien von diesem Darmstädter Schulmittelfonds wissen und dass die meisten allein deshalb keinen Gebrauch davon machen (können).

Eine entsprechende Information über die Existenz des Schulmittelfonds an die betroffenen Familien zu senden, hält der zuständige Sozialdezernent Jochen Partsch (Grüne) nach wie vor für unnötig.

#### ... wird auch nicht immer gut

Das jüngst vom Koalitionsausschuss der Bundesregierung beschlossene und wohl in Kürze verabschiedete sogenannte „Schulbedarfspaket“ sieht für bedürftige „Hartz IV-Kinder“ pro Schuljahr eine einmalige Unterstützung von 100,- Euro vor. Damit wird der Bundesratsbeschluss vom Mai diesen Jahres unterlaufen, der Schulmaterialien und Lernmittel nicht mehr zur Hartz IV-Regelleistung zählte und diese in tatsächlicher, ungedeckelter Höhe übernehmen wollte. Die Bundesregierung versucht nun damit, die dringend notwendige und von Gewerkschaften und

Fraktionsmitarbeiterin DIE LINKE DA Sozialverbänden seit langem geforderte drastische Erhöhung der Hartz IV-Regelsätze zu umgehen.

#### Hartz IV-Regelsätze

Das Landessozialgericht in Darmstadt gab am 29. Oktober einer klagenden Familie Recht: Die Hartz IV-Regelsätze für Familien seien weder mit der Menschenwürde noch dem Grundgesetz vereinbar. Das Gericht will den Fall dem Bundesverfassungsgericht vorlegen.

Das schert allerdings die Bundesregierung wenig. Laut Kanzlerin Merkel: „Es wird keine Änderungen bei den Regelleistungen geben.“

Nun steht zu befürchten, dass im Hinblick auf das sogenannte „Schulbedarfspaket“ der Bundesregierung der Darmstädter Schulmittelfonds eingestellt wird. Aber Achtung: Das „Schulbedarfspaket“ sieht eine Förderung nur bis zum 10. Schuljahr vor! Dass bedürftige Kinder auf weiterführende Schulen gehen könnten, scheint nämlich für die Bundesregierung, ähnlich wie ehemals die Darmstädter Koalitionäre, nicht vorstellbar.

#### Begrenzung

Die Begrenzung des Pakets auf Schüler bis zur 10. Jahrgangsstufe (Realschul- bzw. Hauptschulabschluss) zeigt, wieviel Interesse die Bundesregierung daran hat, das „Bildungspotential“ von Kindern aus Armutsfamilien zu nutzen. Abitur zu machen wird nicht gefördert. Abitur ist Privatsache.

Allein dies ist Grund genug, den Darmstädter Schulmittelfonds beizubehalten. Auch der Besuch weiterführender Schulen muss für „Hartz IV-Kinder“ möglich sein.

So ließe sich der Schulmittelfonds beibehalten, und so könnte man den Forderungen der Wohlfahrtsverbände, des Kinderschutzbundes und etlicher anderer Organisationen gerecht werden: Aufstockung der 100,- Euro aus dem bundesweiten „Schulbedarfspaket“ durch den Darmstädter Schulmittelfonds auf 180,- Euro zur Einschulung und 150,- Euro je Schuljahr.

#### UNSERE MEINUNG

Unsere Fraktion würde einer Einstellung des Schulmittelfonds – mit Verweis auf eine nicht ausreichende bundesweite Regelung – nie ihre Zustimmung geben. Wir haben etwas gegen das Ansinnen, bedürftige Kinder für die städtische Finanznot beißen zu lassen.



## War Peter Sodann?

### Der Präsidentenkandidat könnte sich bestätigt finden

WERNER KRONE / DKP

Fraktionsmitarbeiter DIE LINKE DA

Der für die Linkspartei kandidierende Schauspieler hat Zweifel am Zustand der Demokratie geäußert und ist damit bei vielen Blättern in den Zustand der Verdammnis geraten. Aber nehmen wir nur ein kleines Beispiel aus unserer Stadt. Es wird erwogen, unser städtisches Klinikum von einem Eigenbetrieb in eine gemeinnützige GmbH umzuwandeln. Ein empfehlendes Gutachten argumentiert nur drumherum. Angeblich würden Entscheidungen hinausgezögert. Daher haben wir als Fraktion offiziell gefragt, in welchen konkreten Fällen der Eigenbetrieb denn Entscheidungen verzögert habe. Dr. Molter als Krankenhausdezernent führt in der Antwort hierzu ganze zwei (!) Fälle an:

Die Beschaffung eines Röntgengerätes aus dem Bilanzgewinn habe sich um ein Vierteljahr verzögert, weil erst das Testat des Wirtschaftsprüfers abzuwarten war, dann die Betriebskommission tagen musste, zwei Monate darauf der Magistrat und schließlich wieder einen Monat später die Stadtverordneten. Unsere Stadtverordneten sind jedoch sicher, nichts von einem Beschluss zu einem Röntgengerät erfahren zu haben.

Der zweite Fall betrifft den Beitritt zu einer Einkaufsgenossenschaft, der sogar fünf Monate auf Eis lag, weil die Stadtverordneten den Punkt erst dann behandelten. - Das und sonst nichts waren die konkreten Fälle.

#### Das Rätsel der gGmbH...

Der Zweifel am Zustand unserer Demokratie nährt sich in diesem Fall aus zwei Quellen. Zum einen wird das Frage- und Kontrollrecht oppositioneller Fraktionen mit derartigen Antworten ad absurdum geführt. Zum anderen ist natürlich der Entscheidungsweg beim Kapitän einer Galeere (sprich beim Chef einer privaten Firma) am kürzesten. Demokratie braucht Mitwirkung und Wissen um die Zusammenhänge, Transparenz und die Entscheidung in gewählten Gremien. Wenn Einzelfallentscheidungen wie einzelne Röntgengeräte oder eine Mitgliedschaft in einer Einkaufsgenossenschaft vor die Stadtverordneten oder auch nur in den Magistrat gebracht werden, dann ist dies wohl eher geeignet, ein Prinzip tot zu reiten.

...und die Lösung

#### UNSERE MEINUNG

Und die Gründe für die Umwandlung in eine gGmbH sind wohl eher woanders zu suchen: Es brauchen für neu Eingestellte dann nicht mehr Tarife des öffentlichen Dienstes angewendet werden und vor allem ist es möglich, „erfolgsabhängige Vergütungen“ zu zahlen. Diese werden dann wohl weniger an die in Schicht arbeitenden Pflegekräfte gezahlt, sondern an die Direktoren, die schon immer mal Manager werden wollten.



## Rabulistik: Lehranstalten sind keine Schulen

### Was PTA's mit der Hessischen Verfassung zu tun haben

SIEGFRIED OETTMEIER

Fraktionsmitarbeiter DIE LINKE Darmstadt

Jetzt, wo die Stadt kein Geld mehr für sie hat, sind sie bekannt: Pharmazeutisch-Technische Angestellte, früher als Apothekenhelfer bekannt. Weitgehend unbekannt ist, dass die Stadt Darmstadt anders als bei anderen Berufszweigen nicht nur für das Gebäude der Berufsschule aufkommt, sondern auch für ihre Lehrkräfte. Das lässt sich die Stadt 360 000 € Zuschuss kosten. Nun hat die Stadt keine Spielräume mehr, was sie zum Teil selbst verschuldet hat. Die Stadt macht nun deutlich, dass für sie der Zuschuss ein Auslaufgeschäft ist.

Da sie nicht mehr weiter weiß, bildete sie einen Arbeitskreis. Die 14 hoch spezialisierten Voll- und Honorarkräfte dieses Ausbildungsbezuges an der Martin-Beheim-Schule sehen sich existenziell schon in der Luft hängen. In den Apotheken werden Unterschriften gesammelt für die Beibehaltung der PTA-Ausbildung in Darmstadt. Aber das ist ja nur die halbe Wahrheit. Zusätzlich bezahlen nämlich die PTA's während ihrer 2 Jahre Schulzeit monatlich 120 € Schulgeld, das schamhaft „Laborgeld“ genannt wird. Die gleichaltrigen CTA's (Chemisch-Technische Angestellte) müssen das nicht. Die unterstehen nämlich dem Kultusministerium und die PTA's nicht. Letztere werden vom Sozialministerium „betreut“, wie übrigens alle Gesundheitsberufe. Aber die Sozialministerin scheint für die Auszubildenden eine wahre Rabenmutter zu sein und hat kein Geld für Berufsausbildung. Und so kommt es, dass hoch motivierte junge Menschen auch noch Schulgeld zahlen müssen. Und es kostet überall Geld: für Physiotherapeuten, Logopäden und Hebammen, für Heilpädagogen, Ergotherapeuten und so auch für PTA's. Nicht dass nach der Ausbildung dann das Große Geld winkt, auch Selbständigkeit schützt nicht vor Armut.

Da in der Hessischen Verfassung nun aber Schulgeldfreiheit proklamiert ist, wird zu rabulistischen

Tricks, d.h. einer „gestalterischen“ Auslegung des Rechts gegriffen. Da schließlich niemand PTA werden muss, gibt es für diese Ausbildung auch keine Schulpflicht.

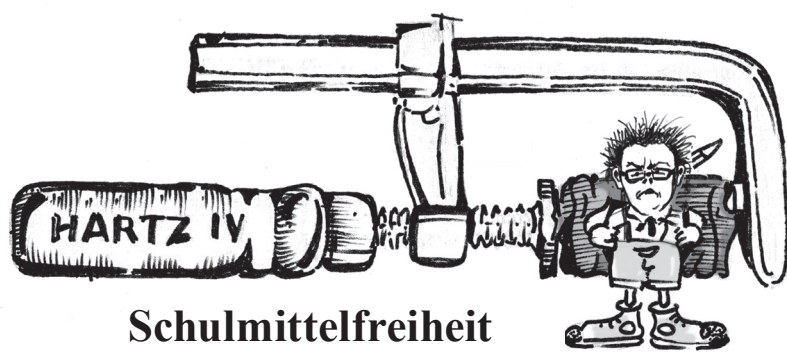
#### UNSERE MEINUNG

Die Martin-Beheim-Schule ist für PTA's eben keine Schule, sondern eine Lehranstalt! Und die PTA's in Darmstadt sollen noch froh sein, dass ihre Schule kommunal ist. Die anderen PTA-Schule in Hessen sind nämlich privat. Aber hat unser Magistrat je gegen diese Zustände protestiert, hat er sich beim Land zu einem geharnischten Protest aufgeschwungen, sich wie der Rächer der Enterbten für unsere jungen Mitbürger eingesetzt? Nein, denn unser Oberbürgermeister ist schließlich nicht Zorro. Anders die braven Beamten des Staatlichen Schulamtes. Diese Landesbediensteten sind bei ihrem Dienstherrn vorstellig geworden und haben gefordert, dass alle Ausbildungsbezüge dem Kultusministerium zu unterstellen sind.

Wir haben eine Kleine Anfrage gestellt. Lesen Sie unter [www.linksfraktion-darmstadt.de](http://www.linksfraktion-darmstadt.de) die Anfrage und die Antwort des zuständigen Dezernenten Dierk Molter



Martin Behaim  
1459-1507  
Seefahrer und Kaufmann







KARL-HEINZ BÖCK / DIE LINKE

# „...ein guter Tag für DARMSTADT“ (?)

Fraktionsmitarbeiter DIE LINKE Darmstadt

Mit diesen Worten eröffnete Leif Blum, der Fraktionsvorsitzende der FDP, auf der Stadtverordnetenversammlung am 30. September seinen Redebeitrag zum Bebauungsplan N 59. Hinter dieser Bezeichnung versteckt sich der Plan zur Nord-Ost-Umgehung, über den an diesem Tag abgestimmt werden sollte.

Im der zum Teil hitzig geführten Debatte sollten sich noch einige Besonderheiten zeigen, die die Aussage des FDP-Fraktionsvorsitzenden bei weitem in den Schatten stellen sollten. Hier ist zum Beispiel das Abstimmungsverhalten der CDU-Fraktion zu nennen. Diese gehörte stets zu den eifrigsten Verfechtern dieses Projektes, und man konnte im Vorfeld der Sitzung davon ausgehen, dass die CDU dem Bebauungsplan zustimmen würde. Aber weit gefehlt.

Aus rein taktischen und parteistrategischen Gründen lehnte die CDU-Fraktion die entsprechende Magistratsvorlage ab. Nun kann sich jeder selbst ein Bild davon machen, wie glaubwürdig diese Fraktion in ihren Entscheidungen zur Darmstädter Kommunalpolitik ist.

Das Verhalten der so genannten „Ampelkoalition“ (SPD, Grüne und FDP) war auch nicht als vorhersehbar zu bezeichnen. Bei SPD und FDP

gab es keine Zweifel, dass sie an diesem Projekt festhalten würden. Dies machten sie in ihren Redebeiträgen auch sehr deutlich. Hier war keine Veränderung zu erwarten.

## Frau Lindscheid springt...

Als Frau Lindscheid, die Fraktionsvorsitzende der Grünen, an das Rednerpult trat, war mit Spannung zu rechnen. Nach ihren ersten Sätzen konnte man glauben, dass bei den Grünen endlich die Erkenntnis gereift sei, dass die Nord-Ost-Umgehung ein verkehrspolitisches Relikt aus der Vergangenheit und sie bei der Abstimmung mit Nein votieren würden. Aber weit gefehlt. Im Verlauf der Rede wurde klar, dass die Grünen-Fraktion sich mehrheitlich dazu entschieden hatte, für den Bebauungsplan zu stimmen. Zwar wolle man dies nur tun, um weiter Einfluss auf die Entwicklung der Umgehung nehmen zu können, so Lindscheid, aber tatsächlich wollte man die Koalition in Darmstadt nicht gefährden. Die Grünen waren sich bewusst, dass ein Scheitern des Bebauungsplanes durch ihr Abstimmungsverhalten das Ende der Ampelkoalition bedeuten könnte. Hier siegte schierer Machterhalt über Sachverstand. Das Ergebnis war, dass bei drei Enthaltungen und einer

Gegenstimme innerhalb der Grünen, auch diese Fraktion ihr Ja zum Bebauungsplan Nord-Ost-Umgehung erklärte.

Die kleinen Fraktionen im Stadtparlament stimmten geschlossen gegen den Plan. Jedoch gab es eine betonharte Mehrheit für die Umgehung.

## ...und landet auf den Boden des Machterhalts

Wenige Tage nach der Abstimmung entschied sich die Bürgerinitiative Ohne-Nordost-Umgehung (BI-ONO) dazu, Unterschriften für ein Bürgerbegehren zu sammeln. Ziel ist ein Bürgerentscheid. Dies ist eine Abstimmung, mit dem alle Wahlberechtigten in Darmstadt selbst entscheiden können, ob sie ein verkehrspolitisches Relikt aus dem vergangenen Jahrhundert wirklich wollen oder ob es in Zukunft in Darmstadt eine moderne, umweltgerechte verkehrspolitische Planung geben soll. 10% der Wahlberechtigten, also etwas über 10 000 hätten hierzu ihre Unterschrift geben müssen., jedoch knapp 16 000 haben dies in der Frist von 6 Wochen getan !

Es gibt also noch Hoffnung, dass Sachverstand über Betonwahn und reinen Machterhalt siegt!

## ...und woher das Geld kommen könnte

### UNSERE MEINUNG

Ausgerechnet jetzt kommt ein anderes Projekt aufs Tapet: Die Neugestaltung des Friedensplatzes. Dieser Platz soll „entrümpelt“ werden. Damit ist weniger das Denkmal von Ludwig IV gemeint, sondern die Abluftaufbauten der Tiefgarage, das Kasenhäuschen mit „Eis-Friedel“ und der Spielplatz. Gerade nun der letzte Punkt macht die Sache umstritten. Auch wenn angeblich kein der Kinderarbeit verdächtiges Granitpflaster gewählt werden soll, ist die Koalition auch hier fürs „Durchziehen“. Ruth Wagner (FDP), die sich auch um das Darmstadtium verdient machte, beschwört „Sichtachsen“ und bemüht die Geschichte, die aus einem Paradeplatz den Friedensplatz machte.

Es braucht jedoch keine Sichtachsen, um durchzublicken: Die 1,3 – 1,7 Millionen, mit welchen der Friedensplatz gepflastert werden soll, wären in der Turnhalle der Goetheschule besser angelegt. Denn die ist unumstritten.

## Controllingberichte der ARGE Darmstadt

In uns bekannten ARGEs gibt es regelmäßige so genannte Controllingberichte, denen Informationen wie Zugänge aus dem Niedriglohnsektor (Hartz IV-Aufstocker), Abgänge in Zeitarbeit, Vermittlungen in den ersten Arbeitsmarkt, etc. zu entnehmen sind. In einer kleinen Anfrage fragten wir nach, ob dies auch in Darmstadt möglich ist. Wir erhielten eine positive Rückmeldung. Die Fraktionen im Stadtparlament werden zukünftig solche Berichte erhalten - ob sie auch den Mitgliedern der Sozialhilfekommission zur Verfügung gestellt werden können wird noch geklärt.



EDMUND SCHENK / DIE LINKE

# Goethe weint bis 2011 Warum seine Schule eine Turnhalle braucht ...

Fraktionsmitarbeiter DIE LINKE Darmstadt

Kinder und Jugendliche geraten schneller außer Puste als früher. Bei Stürzen ist das Verletzungsrisiko größer und ihnen fehlt es auch an Gleichgewichtssinn. Daher gibt es z.B. an der Kästnerschule in Kranichstein ein Förderprogramm für bewegungsarme Kinder. Denn in immer mehr Familien geht die Lust an der Bewegung verloren zu Gunsten von Computern, Wii und MP3-Playern.

Daher auch empfahl im letzten Jahr der Kommunale Sportentwicklungsplan wegen des „Wandels des Sportverhaltens und der Bedeutung einer übergreifenden motorischen Grundausbildung von Kindern die Durchführung einzelner innovativer Modellprojekte (z.B. Bewegungs-

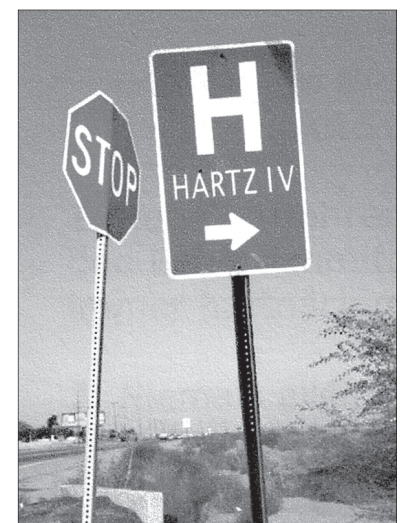
landschaft, Kletterwand, Turn-Mehrzweckhalle)“ und schlug hierzu u.a. die Turnhalle der Goetheschule vor. Im Gegensatz zu der vor 125 Jahren gebauten Grundschule im Johannesviertel sollte die Turnhalle aus den 70er Jahren ohnehin erneuert werden. Da die Kellerräume nur eine Fluchtmöglichkeit bieten und sich die Vorschriften geändert haben, Deckenlamellen lose waren und Schimmel aufgetreten ist. Sicher ist nur: baufällig war die Turnhalle nicht und von Asbest war auch keine Rede.

## ... aber nun nicht mehr hat ...

Dabei sah alles wie Routine aus: Der Magistrat beschloss noch am 19. März Abriss und Neubau der Turnhalle. 700 000 € für den Abriss noch

in diesem Sommer, weitere Mittel für den Baubeginn im Herbst als Verpflichtungsermächtigung und den Rest für 2009 zur Fertigstellung, insgesamt 1.802.000 €. Nun ist die Turnhalle in den Sommerferien abgetragen worden bis auf die Kellermauern. Doch nun ist wegen knapper Stadtfinanzen der Wiederaufbau auf das Jahr 2011 verschoben. Und bitter zudem: Der Abriss wäre noch um Jahre aufgeschoben gewesen !

Im Regen steht die Schule, stehen aber auch die Vereine, die nachmittags und abends die 392 m<sup>2</sup> große Halle nutzten. Und Wahllokal für das Viertel war die Halle auch. Die Eltern haben vor dem „Darmstadtium“ protestiert, sammeln Unterschriften.



ICH INTERESSIERE MICH FÜR DIE LINKE DARMSTADT

Bitte schicken Sie mir

Einladungen zu Treffen

per Post per Mail

Name, Vorname

ggf. Adresszusatz

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

DARMSTADT  
Links

DIE LINKE, DARMSTADT  
STADVERORDNETENFRAKTION  
Landgraf-Philipps-Anlage 32  
64283 DARMSTADT

### IMPRESSUM

DARMSTADT  
Links

Die Darmstadt Links erscheint  
in vier Ausgaben im Jahr.  
Auflage 15 000 Exemplare

LAYOUT & GESTALTUNG  
Hans Ulrich Vergin  
Keine Textkorrektur

DIE LINKE, DARMSTADT  
STADVERORDNETENFRAKTION

Landgraf-Philipps-Anlage 32  
64283 DARMSTADT

### BÜROZEITEN

Mo. 15:00 - 20:00 Uhr  
Mi. 16:00 - 19:00 Uhr

TEL : 0 61 51 / 66 90 310  
FAX : 0 61 51 / 66 90 533

All unseren Lesern  
und Leserinnen  
wünschen wir eine  
schöne Weihnacht  
und ein gutes Neues  
Jahr